

CH_VB 20024866 vom 8. Dezember 1994

Bundesverwaltung, 1994-12-08, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20024866__td_

FR: CH_VB 20024866 du 8 décembre 1994

IT: CH_VB 20024866 del 8 dicembre 1994

Erwägungen

E. 8

Dezember 1994 N 2201 Gatt/Uruguay-Runde Spannen Sie diesen Regenschirm noch nicht auf, aber geben Sie ihn zur Sicherheit dem Bundesrat mit! Thür Hanspeter (G, AG): Die Kommissionssprecherin Frau Nabholz hat gestern sehr Bedenkenswertes ausgeführt. Sie warnte davor, dass man nun ob der grossen Zustimmung in diesem Saale die berechtigten Bedenken, die nach wie vor in der Bevölkerung bestünden, nicht ernst nehme. Weiterführte sie aus, es sei ja nicht das erste Mal gewesen, dass eine Vorlage hier mit überwältigendem Mehr angenommen worden sei und dann später in der Auseinandersetzung in der Volksabstimmung Schiffbruch erlitten hätte, weil man die Eigendynamik der kritischen Punkte unterschätzt oder keine genügenden Antworten gehabt habe. Dieser Hinweis ist sehr ernst zu nehmen. Wir müssen uns fragen, wie man diese Antworten geben kann. Der Antrag Zbinden ist für die grüne Fraktion das Minimum dessen, was man tun muss, um in der Auseinandersetzung mit der Bevölkerung diese Antworten geben zu können. Der Antrag Zbinden ist ein Kondensat verschiedener Vorschläge für eine Motion, die in der Aussenpolitischen Kommission von Seiten von Frau Bär und von Herrn Zbinden zur Diskussion gestanden sind. Der Antrag Zbinden hat verschiedene Vorteile; ich nenne vier: 1. Er ist überhaupt keine Belastung für das Abkommen selber, weil er die Haltung des Bundesrates für die zukünftigen Verhandlungen festlegen und nicht das jetzige Abkommen in irgendeiner Art und Weise verändern will. 2. Er stärkt die bundesrätliche Politik in den Gatt-Gremien, im Ausschuss für Handel und Umwelt, indem der Bundesrat eine demokratisch gegebene Legitimation erhält. 3. Dieser Punkt ist für unser Land und unsere Wirtschaft ausserordentlich wichtig. Ich habe Ihnen gestern die Problematik rund um das Ökodumping dargelegt - die Probleme, die in unserer Wirtschaft und in unserem Land entstehen könnten, wenn Unternehmen im grossem Stile wegen tieferer ökologischer Bestimmungen ins Ausland auslagern würden. 4. Der entscheidende Punkt: Dieser Antrag erhöht die Akzeptanz dieses Abkommens. Frau Nabholz hat bereits darauf hingewiesen: In den letzten Jahren sind wichtige Abstimmungen verlorengegangen, weil man die Bedenken, die auch hier geäussert worden sind, nicht ernst genommen hat. Ich erinnere Sie an die EWR-Abstimmung. In verschiedenen Studien wird ausgeführt, was die Gründe für das Scheitern waren. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass ökologische und soziale Anliegen nicht berücksichtigt worden seien. Kürzlich ist nun eine Nationalfondsstudie veröffentlicht worden, in der verschiedene Abstimmungen in den letzten

E. 10

Jahren analysiert werden. Es wird festgestellt, dass für eine Politik der Öffnung die Themen soziale Gerechtigkeit und Ökologie geeignet wären, um in diesem Land neue Mehrheiten zu schaffen. Dem Bundesrat empfiehlt diese Studie, ein konsequentes ökologisches Profil in

den Europaverhandlungen und überhaupt in internationalen Verhandlungen zu suchen, weil es vermutlich besser honoriert werde als das bisher praktizierte, unübersichtliche, von den Leuten nicht nachvollziehbare Tak- tieren und Lavieren. Herr Zbinden hat bereits darauf hingewiesen, dass die Anlie- gen und die Ängste der Bauern sehr ernst genommen würden. Die Grünen sind der Auffassung, dass das richtig ist. Wir wer- den entsprechende Anträge unterstützen. Wir sind aber umge- kehrt nun der Auffassung, dass Gleiches gemacht werden muss jenen gegenüber, die aus anderen Gründen durch die- ses Abkommen verunsichert werden könnten. Wir sind der Auffassung - ich habe das ausgeführt -, dass es das Minimum dessen ist, was man hier beschliessen kann. Ich hoffe sehr, dass Sie die Zeichen erkennen und die Gelegen- heit wahrnehmen, mit diesem Antrag der Bevölkerung jene Antworten zu geben, die Frau Nabholz postulierte. Loeb François (R, BE): Die FDP-Fraktion ist gegen den Antrag Zbinden. Dieser Antrag, Herr Zbinden, ist in diesem Beschluss ein Fremdkörper. Er ist vor allem ein Fremdkörper, weil er eine abschliessende Aufzählung und einen abschliessenden Auf- trag an den Bundesrat enthält. Es gibt aber sicher in diesen Verhandlungen noch viele andere Punkte, die zu behandeln sein werden; ich denke an Kultur, an Regionen usw. Aus die- sem Grunde können wir den Bundesrat nicht auf eine einzelne Linie festlegen. Im weiteren ist es wichtig zu wissen, dass wir aussenpolitische Kompetenzen festgelegt haben. Diese aussenpolitischen Kompetenzen sind klar. Die APK, in der auch Sie Mitglied sind, wird vom Bundesrat konsultiert werden, so dass wir dort diese Anliegen wieder vorbringen können. Die Kompetenz liegt aber klar beim Bundesrat. Er hat ja gesagt, dass in Marrakesch be- reits in diese Richtung gearbeitet werde. Sie rennen ja offene Türen ein, denn Herr Bundesrat Delamuraz wäre bereit, ein Postulat entgegenzunehmen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag Zbinden abzulehnen. Moser René (A, AG): Auch die Fraktion der Freiheits-Partei lehnt diese Klausel klar und deutlich ab. Ich habe es schon in der Eintretensdebatte erwähnt: Wir sind der Meinung, dass dieser Wirtschaftsvertrag nicht noch erweitert werden muss, nicht eine Sozialcharta beinhalten soll. Es ist eine Welthan- delsordnung, die von Mitgliedern bestimmt wurde, die in Rich- tung Welthandel orientiert sind, und nicht in eine Weltsozial- charta Bedenken Sie, wenn Sie diesen Artikel aufnehmen, dass na- türlich alle Mitgliedländer Kenntnis nehmen von dieser Klau- sel! Wir wollen - und das sage ich jetzt noch einmal - immer wieder bei allen internationalen Abkommen, bei diesen Fra- gen Oberlehrer der Welt sein. Hören Sie doch bitte auf damit! Hören Sie auf mit dieser Oberlehrerfunktion! Sie erschweren die Verhandlungen laufend, Sie wollen bei solchen Abkom- men immer weltoffen auftreten, aber Sie stören damit gleich- zeitig einen guten Verlauf dieser Verhandlungen. Lassen Sie dem Bundesrat die Freiheit; er hat sich dafür ausgesprochen, dass er Ihre Anliegen in seine Überlegungen miteinbeziehen wird. Das genügt. Machen Sie jetzt nicht eine verbindliche Form für künftige Verhandlungen, die uns dann immer wieder in eine schlechte Position versetzt. Ich bitte Sie also, lehnen Sie die Aufnahme dieses Absatzes ab! Grendelmeier Verena (U, ZH): Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen. Herr Zbinden hat sehr genau gesagt, worum es ihm geht. Es ist eine Verunsicherung im Volk vorhanden; es stimmt, wenn er sagte, dass die Diskussion bisher nur in den unmittelbar betroffenen Kreisen - und das meistens nur in den Chefetagen - überhaupt ein Thema war. Das heisst, wenn wir im Falle eines Referendums den Leuten erklären müssen, worum es wirklich geht, ist es wichtig, dass man nicht nur von der Landwirtschaft spricht, welche allenfalls be- troffen sein könnte, sondern die anderen Bevölkerungsgrup- pen miteinbezieht. Das kostet uns gar nichts, und es ist nur fair, wenn wir bereits im Abkommen selber markieren, dass uns der Rest dieser Schweiz ebenso wichtig ist wie die Land- wirtschaft. Ich habe übrigens auch mit

Vertretern der SVP-Fraktion gesprochen; sie sehen das durchaus ähnlich, und ich hoffe, dass diese Kreise das nun auch unterstützen. Ich finde es keineswegs eine einschränkende Klausel, die den Bundesrat in seinen Verhandlungen behindern könnte, ganz im Gegenteil: Er sichert sich gegenüber den Vertretern dieses Landes ab, bezieht alle mit ein und macht aus dem Gatt nicht ein Landwirtschaftsgesetz. Es ist wichtig, dass wir dem zustimmen; ich bitte Sie, das auch zu tun. Es könnte den Abstimmungskampf für uns alle sehr viel leichter machen. Strahm Rudolf (S, BE): Was will der Antrag Zbinden? Der Antrag Zbinden will eine Deklaration über die zukünftige Weiterentwicklung und die zukünftige Marschrichtung bei der Weiterentwicklung der Gatt-Verträge. Die sozialdemokratische Fraktion unterstützt den Antrag Zbinden. Es ist legitim, dass jetzt schon über die Marschrichtung bei der Weiterentwicklung des Gatt-Vertragswerks gesprochen wird.

Gatt/Cycle d'Uruguay 2202 N 8 décembre 1994 Wir anerkennen, dass die Schweizer Delegation im Rahmen der Gatt-Verhandlungen immer wieder die ökologische Frage aufgeworfen hat. Wir anerkennen auch, Herr Bundesrat Delamuraz, dass Sie in Marrakesch in Ihrer Erklärung - weniger was die Arbeitsnormen, aber was die Umweltfrage betrifft - in diese Richtung votiert haben. Es war in Marrakesch von den meisten Ländern unbestritten, dass das Gatt-Regelwerk fortentwickelt werden muss, dass es ökologische und soziale Leitplanken braucht - und nur das will Herr Zbinden. Was heisst «Umweltnormen» im Antrag Zbinden? Es bedeutet eine Fortentwicklung des Gatt, indem andere internationale Verträge anerkannt werden, z. B. das Toronto- oder das Montreal-Abkommen. Das ist nicht neu. In anderen Vertragswerken gibt es das auch; die Nafta-Verträge zwischen den USA, Mexiko und Kanada z. B. enthalten eine Klausel, dass andere Vertragswerke, wie die Verträge über ozonschädigende Gase, über den CO₂-Ausstoss, über den Meeresschutz, bei den Handelsregeln als diesen internationalen Verträgen gleichwertig anerkannt werden. Es bedeutet also eine Gleichstellung. Und was die Nafta kann, können auch wir und kann später das Gatt verwirklichen. Was heisst «Arbeitsnormen»? Herr Zbinden will beides: ökologische und soziale Normen. Arbeitsnormen heisst nicht irgendwelche Bestimmungen über Löhne, sondern es sind die minimalen, international anerkannten Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Es betrifft dies erstens das Verbot von Kinderarbeit, zweitens das Verbot von Zwangsarbeit, drittens die Koalitionsfreiheit und viertens Minimalstandards bei der Geschlechterbehandlung. Das sind internationale Übereinkommen, die auch die Schweiz unterzeichnet hat. Es ist doch keine Überforderung des Vertragswerks, dass diese auch dort, also bei den internationalen Wirtschaftsvereinbarungen, als internationale Standards anerkannt werden. Das ist kein Fremdkörper im Vertragswerk, sondern es ist eine Integration verschiedener Verträge. Herr Loeb François hat das als Fremdkörper bezeichnet: Das ist kein Fremdkörper. Herr Loeb hat gesagt, man könne auch andere Aspekte einbeziehen, z. B. die Kultur. Das ist richtig, wobei ich sagen muss, dass in Artikel 20 des Gatt-Grundvertrags zum Beispiel die Rücksichtnahme auf kulturelle Gegebenheiten schon vorgesehen ist. Herr Zbinden hat auch angetönt, dass folgende Fragen in einer zukünftigen Volksabstimmung ein wesentliches Argument seien: Wie wird das Gatt in Zukunft entwickelt werden? Werden auch Minimalstandards bezüglich Schutz dieses Planeten und Minimalstandards bezüglich humanitären Schutz bei der Arbeit berücksichtigt, oder werden diese unterlaufen werden? Herr Bundesrat, meine Damen und Herren, Sie tun gut daran, im Sinne dieses Antrages Zbinden eine Absichtserklärung aufzunehmen. Das geht nicht so weit wie die Vorbedingungen anderer Länder. Ich möchte Sie daran erinnern, dass der amerikanische Kongress durch eine interne Regelung

beschlossen hat, ihm - sollte die Schiedsstelle der WTO die USA dreimal verurteilen - eine Vorlage über den Austritt aus der WTO vorgelegt werden muss. Es ist klar, dass eine solche arrogante Regelung die WTO von Anfang an unterhöhlt. Die WTO, die Amerika zu oft verurteilt, gräbt sich das Grab selber, sie hebt sich selber auf, und sie wird sich hüten, die USA zu verurteilen. Was der Antrag Zbinden will, geht lange nicht so weit. Es ist nur eine interne Absichtserklärung, in welcher Marschrichtung der Bundesrat die Fortentwicklung des Gatt-Vertragswerks sieht, und das sollte akzeptabel sein.

Columberg Dumeni (C, GR): Die CVP-Fraktion hat Verständnis für dieses Anliegen. In der Aussenpolitischen Kommission haben wir auch eingehend über dieses Begehren diskutiert, aber keine überzeugende Lösung gefunden. Wir waren der Meinung, dass es besser wäre, wenn man sich mit einer Erklärung begnügen würde, wobei der Bundesrat deutlich sagen müsste, dass er dieses Anliegen unterstütze. Wir bleiben bei dieser Auffassung. Wir finden, das Anliegen gehöre nicht in den Bundesbeschluss, es passe nicht zu dieser Form. Darum bitten wir Herrn Zbinden, sein berechtigtes Begehren in die Form eines Postulates zu kleiden. Dieses Postulat könnten wir aus der Sicht der CVP voll unterstützen. Wir sind der Ansicht, dass wir mit der Form des Postulates zum gleichen Ziel kommen - nach dem Motto: «Es führen viele Wege nach Rom.» Herr Zbinden, ich würde den Bundesrat gleichzeitig bitten, zu erklären, er sei bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Damit würden wir einen sinnvollen, einen vernünftigen Ausweg aus dieser etwas verworrenen Situation finden. Noch einmal: Herr Zbinden, bitte formulieren Sie das Anliegen in Form eines Postulates. Herr Bundesrat Delamuraz, bitte sagen Sie, dass der Bundesrat bereit ist, dieses Postulat entgegenzunehmen. Und dann sollte der Rat diesem Postulat möglichst einstimmig zustimmen. Das wäre, Herr Zbinden, eine mächtige Erklärung, die auch gegen aussen zur Kenntnis genommen würde.

Eggy Jacques-Simon (L, GE): Monsieur Zbinden, on ne devrait pas faire une pendule de cette affaire-là, comme on dit familièrement! Aussi bien en commission que, par ailleurs, le Conseil fédéral, par la bouche de M. Delamuraz, a répété que, naturellement, c'était un engagement, non seulement de la Suisse, mais un engagement qui a été décidé à Marrakech, à savoir que, dans le domaine social comme dans le domaine de l'environnement, il y aurait des négociations, et la Suisse sera naturellement active dans ce sens. Cessons de toujours vouloir mettre dans des traités internationaux, où nous devons ratifier un effort collectif, nos propres conditions, nos propres engagements et particularités! Nous faisons partie d'un ensemble à la négociation, qui regroupe un nombre impressionnant de pays. Il y a des acquis et des intentions. Cela suffit. En fait, cette proposition n'ajoute absolument rien, elle est une sorte de corps étranger dans l'arrêté portant approbation d'accords internationaux. Nous avons confiance dans le Conseil fédéral, nous croyons à la parole donnée, nous n'avons pas besoin de ces garanties, et nous n'avons pas besoin de ce corps étranger. C'est pourquoi le groupe libéral vous propose de refuser la proposition Zbinden. Nous précisons ainsi que nous ne refusons pas du tout l'idée qu'il doive y avoir des négociations dans le domaine de l'environnement et dans le domaine social, cela va de soi, Monsieur Zbinden! Je dirai que, dans des accords internationaux comme ceux-ci et un arrêté portant approbation, il vaut mieux que les choses aillent d'elles-mêmes, sans les dire, que de les dire pour avoir l'air de... C'est complètement inutile et c'est une garantie vraiment superflue.

Nabholz Lili (R, ZH),
Berichterstatterin: Der Antrag Zbinden hat so, wie er uns heute unterbreitet wird, in der Kommission nicht vorgelegen. Ich kann Ihnen deshalb zu diesem Antrag keine Erklärung seitens der Kommission abgeben. Wir haben aber die Stossrichtung seines Antrages in der Kommission sehr ausführlich diskutiert, im Zusammenhang mit einem Vorschlag für eine

Motion, den auch Herr Zbinden eingereicht hat. Die Kommission hat diese Motionen mehrheitlich abgelehnt. Ich muss Ihnen empfehlen, dem Antrag Zbinden nicht zu folgen, und zwar - das möchte ich deutlich sagen - nicht etwa, weil hier inhaltlich irgendwelche Probleme bestünden. Ich glaube, Herr Zbinden greift Probleme auf, die nicht nur in diesem Saal, sondern auch ausserhalb dieses Saales und weltweit die Leute beschäftigen. Schauen Sie die Debatten im Vorfeld der Ratifizierung im US-Parlament an, schauen Sie andere öffentliche Debatten im Zusammenhang mit dem Gatt-Abkommen an. In der nördlichen Welt sind diese beiden Themen - Umwelt und Sozialfragen - Fragen, die allgemein beschäftigen. Wenn ich trotzdem empfehle, diesen Antrag nicht zu unterstützen, dann aus einer grundsätzlichen Überlegung: Schauen Sie sich den Ihnen unterbreiteten Bundesbeschluss an. Was will dieser Bundesbeschluss? Im Titel heisst es zunächst, es sei ein «Bundesbeschluss über die Genehmigung der in den multilateralen Handelsverhandlungen... erzielten Ergebnisse». Es ist also ein Beschluss, der den Bundesrat ermächtigt, das Abkommen, wie es erzielt worden ist, zu ratifizieren.

8. Dezember 1994 N 2203 Gatt/Uruguay-Runde Es ist nicht, wie Herr Zbinden und andere erklärt haben, ein Instrument für die Zukunft, sondern es ist der Abschluss, das Formalisieren eines jahrelangen Verhandlungsprozesses. Es geht also um Ergebnisse und nicht um Signale, die man nach aussen geben soll. Diese Signale sind längst gegeben, nicht nur heute in diesem Saal. Herr Bundesrat Delamuraz hat diese Signale auch nicht nur in der Schweiz ausgesandt, sondern er hat sie der Weltöffentlichkeit bekanntgegeben. Vielleicht haben nicht mehr alle in Erinnerung, was Herr Bundesrat Delamuraz am 14. April 1994 in Marrakesch erklärt hat. Deshalb möchte ich gerne die zentralen Passagen seiner Botschaft an die Welt in diesen beiden wesentlichen Bereichen zitieren: «La conclusion du Cycle d'Uruguay ne signifie pas que notre tâche s'achève aujourd'hui.» Er hat dann weitergefahren: «Nous entendons donner un nouvel élan et une nouvelle dimension à nos travaux sur la relation commerce/environnement, afin de promouvoir un développement durable.» Genau das will auch Herr Zbinden. Im Zusammenhang mit der sozialen Frage hat Herr Bundesrat Delamuraz ausgeführt: «Nous avons aussi pu trouver une base d'entente pour l'examen d'éventuels points additionnels dans le programme de l'OMC. Au nombre de ceux-ci pourrait figurer une réflexion sur la relation entre le système commercial et les normes de travail internationalement reconnues.» Herr Zbinden, mehr als diese öffentliche, verbindliche Erklärung angesichts von 124 vertretenen Staaten können Sie nicht verlangen. Einen zweiten Punkt möchte ich aufgreifen, den Herr Loeb François bereits erwähnt hat. Ich befürchte, mit Ihrer sehr engen Formulierung, Herr Zbinden, könnte auch einiges an Missverständnissen für die Zukunft entstehen. Ihr Antrag umfasst zwei Bereiche - Umwelt und Soziales - und nennt sie abschliessend. Wir haben aber in diesem Saal und ausserhalb dieses Saales zahlreiche andere Ängste, Sorgen und Nöte, die im Zusammenhang mit dem Gatt-Abkommen diskutiert werden. Wir haben sie gehört: die regionalen Anliegen, die Anliegen der Kulturschaffenden, es gibt Anliegen im Bereich des Demokratieverständnisses, es gibt - das ist vielleicht das wichtigste - auch Anliegen im Zusammenhang mit der Achtung von Menschenrechten. Wenn wir also ein Signal geben, können wir nicht abschliessend nur zwei Bereiche, so wichtig sie sind, einfach herausgreifen und so tun, als ob alle anderen Bereiche «quantités négligeables» wären. Ich möchte Sie deshalb bitten, Ihren Antrag zurückzuziehen und ihn als Postulat zu unterbreiten. Herr Bundesrat Delamuraz hat es so vorgeschlagen, und der Bundesrat ist offenbar bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Dagegen ist seitens der Kommission nichts einzuwenden. Maître Jean-Philippe (C,GE), rapporteur: La proposition Zbinden

nous demande d'accepter une modification de l'arrêté fédéral qui fixerait noir sur blanc un engagement du Conseil fédéral pour la signature d'accords multilatéraux en matière de travail et d'environnement. M. Zbinden a d'ailleurs précisé qu'il s'agissait là d'un engagement pour de prochaines négociations. La commission n'a évidemment pas discuté de cette proposition en tant que telle, puisqu'elle est survenue dans le cadre de nos débats en séance plénière, mais on peut dire que son contenu a été évoqué. Il recouvre en effet des thèmes de réflexion qui ont été proposés par des motions. Celles-ci ont été débattues. Elles ont d'ailleurs été rejetées et n'ont pas été reprises dans le cadre de notre débat en plénum. Sur le fond, un certain nombre de choses sont à dire face à la proposition Zbinden. D'abord, en formalisant dans un arrêté qui porte sur la problématique du Gatt, on peut se demander si le Gatt, respectivement l'OMC qui va lui succéder, est le seul lieu adéquat pour traiter de la protection sociale et de la défense de l'environnement. Il ne faudrait pas oublier que l'Organisation internationale du travail, que les instruments du Suivi de Rio ont aussi, à cet égard, un rôle considérable à jouer. Des engagements très clairs ont été pris par le Conseil fédéral en ce qui concerne le volet social aux Accords de l'Uruguay Round, qui manque actuellement. A propos des pays en développement, je voudrais vous rappeler ceci: un engagement supplémentaire tout à fait concret a été pris par la Suisse. Il est, en l'occurrence, concrétisé par le canton de Genève. En effet, dans le cadre de l'installation de l'Organisation mondiale du commerce à Genève, ce canton a accepté de construire et de financer, par les deniers de cette petite république, ce que l'on a appelé la «Maison universelle», c'est-à-dire un bâtiment, une infrastructure, une logistique pour les pays les plus pauvres, afin qu'ils puissent mieux y défendre leurs intérêts notamment dans le cadre de l'Organisation mondiale du commerce. On est déjà ici dans le concret, et non pas au stade de simples intentions déclamatoires. La proposition Zbinden a par ailleurs un autre désavantage qui a été signalé par M. Delamuraz, conseiller fédéral, dans le cadre de son intervention avant le vote d'entrée en matière. Ce désavantage serait de créer une divergence avec le Conseil des Etats. Cela n'est pas à sous-estimer parce que, sous cet aspect formel d'une proposition sur le contenu de laquelle nous sommes d'accord, nous pourrions avoir quelques difficultés à boucler ce dossier durant cette législature. De plus, nous pourrions avoir quelques tensions avec la Chambre des cantons. Est-ce que cela vaut la peine, dès lors qu'il s'agit manifestement d'un corps étranger à cet arrêté fédéral, qui recouvre une intention exprimée sous une forme plus déclamatoire que concrète? Le deuxième point sur lequel je voudrais attirer votre attention est le suivant: formaliser dans l'arrêté fédéral une intention, dont le contenu est juste, risque de provoquer d'autres difficultés, à propos d'autres intentions qui forment du droit futur désirable dans le cadre de l'OMC et qui ne sont pas concrétisées dans l'arrêté fédéral. On pourrait imaginer qu'un tel article à portée déclamatoire pourrait également se concevoir s'agissant, par exemple, de la politique régionale au sein de notre pays. On pourrait envisager qu'il puisse également être concrétisé dans l'arrêté fédéral, s'agissant, par exemple, de l'exception culturelle qu'il faudrait défendre de manière ferme et durable dans le cadre de l'Organisation mondiale du commerce. Et ainsi de suite. Il serait à mon avis dangereux qu'en concrétisant dans cet arrêté fédéral une idée qui est juste dans son contenu, on ouvre d'autres brèches, on attire l'attention sur d'autres idées qui font partie du cadre des négociations futures et qui ne se trouveraient pas dans l'arrêté fédéral. C'est la raison pour laquelle il nous semblerait de loin préférable que l'idée de M. Zbinden, qui une fois encore n'est pas discutable dans son principe, soit concrétisée sous la forme d'un postulat, sa proposition étant rejetée. Cela n'est évidemment possible que si M. Delamuraz, conseiller fédéral, au nom du Conseil fédéral, confirme une fois encore de manière claire et

nette l'engagement de la Confédération de travailler dans ce sens. Moyennant un tel engagement, il serait souhaitable que M. Zbinden retire sa proposition. Ce faisant, il lui donnerait davantage de force politique, parce que ce postulat réunirait alors un consensus qui me semble être obtenu dans ce Conseil. Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Dans cette nouvelle intervention de ma part, veuillez lire deux arguments: le premier a trait au fond des questions abordées par M. Zbinden, le second a trait à la forme. En ce qui concerne le fond, tout d'abord, je puis confirmer que le Conseil fédéral est parfaitement sur la même longueur d'ondes que M. Zbinden: MTM Nabholz lu mes déclarations à Marrakech, déclarations faites au nom du gouvernement, et mes discours sont encore meilleurs quand c'est MTM Nabholz qui les lit. Je peux donc, sur le premier point qui est celui de l'environnement, dire que nous voulons obtenir la compatibilité entre les accords internationaux d'environnement qui existent et, d'autre part, les règles de l'OMC. Ce sera le sens de notre engagement, si nous sommes naturellement membre de l'OMC. Pour pouvoir dire quelque chose à l'OMC il faut en être membre. Il faut donc ratifier l'entrée de la Suisse à l'OMC. Je veux dire que compatibiliser en matière environnementale les accords auxquels nous sommes liés, comme par exemple la Convention de Baie d'un côté, et de l'autre côté le travail de l'OMC, les en-

Gatt/Cycle d'Uruguay 2204 N 8 décembre 1994 engagements à l'OMC, c'est un premier objectif clair, concret qui permet de faire, à propos de l'environnement, autre chose que des discours et de forcer la réalité juridique internationale. Deuxième axe dans le combat environnemental: reconnaître des instruments tels que les taxes d'incitation. Les faire reconnaître dans le cadre du Gatt donnerait à notre démarche un certain souffle et une certaine cohérence internationale nécessaire. Nous pourrions également, toujours dans le même domaine, Monsieur Zbinden - je vous donne des exemples pour vous montrer quel est le contenu de notre intention -, souhaiter parvenir à la vérité des coûts des transports. C'est un travail qui se fait dans le cadre de l'OCDE, très activement, qui touche directement aux problèmes de l'environnement et de la protection de l'espace, et si nous pouvions arriver à une reconnaissance dans le cadre du Gatt, elle acquerrait une force de contrainte tout à fait bien venue. Dans le domaine des droits sociaux - c'est la deuxième composante de votre intervention -, nous voulons obtenir tout d'abord que l'OMC entre en matière. Je vous fais remarquer que l'OMC est entrée en matière pour l'environnement, mais pas encore s'agissant des droits sociaux. Ce serait notre travail, si nous y sommes, que de pouvoir déclencher ce débat en toute clarté aussi pour connaître les conditions du jeu. Nous souhaitons également stimuler les coopérations entre deux organisations qui sont à Genève - pour autant que M. Ziegler Jean les tolère encore quelque temps -, l'Organisation mondiale du commerce et l'Organisation internationale du travail. Voilà un deuxième exemple du contenu que nous voulons donner à cette politique. Vous voyez que je ne me gargarise pas de belles déclarations. J'essaie de voir concrètement, au niveau de la Suisse, où nous pourrions mettre l'accent pour travailler à une meilleure coopération. Voilà l'idée, voilà l'intention, il me semble que je suis assez clair quant à cette détermination du gouvernement. J'en viens, deuxième point, à la forme. C'est là que je vous ai demandé, tout à l'heure, de préférer autre chose qu'une insertion, selon votre proposition, d'un alinéa 3 (nouveau) dans l'arrêté fédéral. Vous dites, Monsieur Zbinden: ce serait un bon argument de vente que d'avoir cet alinéa. Je veux vous montrer ce que contient le message, si vous ne l'avez pas lu entièrement! Si c'est avec ça que vous allez convaincre les Suisses, bon voyage! Car pour moi l'article 1^{er} est parfaitement illisible, c'est une table des matières, une espèce de souk où l'on trouve tout ce qu'on veut; l'article 2 est un article de pure application et il n'y a pas

d'article 3. Ce n'est pas en ajoutant un alinéa 3 à l'article 1^{er}, à cet aspect relativement peu séduisant, que vous allez gagner les foules en délire à l'applaudissement des nouveaux Accords du Gatt Je n'y crois pas. J'aimerais dire que les deux rapporteurs ayant insisté, on pourrait souhaiter qu'on mette encore d'autres choses que l'environnemental et le social. Beaucoup d'orateurs, M. Columberg en tête, ont insisté sur la politique régionale. Si l'on va au-devant d'un référendum et qu'on me dit: «Mais, Monsieur le Conseiller fédéral, votre arrêté ne comprend rien du tout sur la politique régionale, c'est dire qu'elle est menacée par les Accords du Gatt», je devrai me défendre avec d'autres armes. Si, au contraire, on a expressis verbis mis de l'environnemental, du social, mais pas de régional, on me dira: «Vous voyez, il y avait bel et bien une intention du législateur.» Je crois qu'on crée un déséquilibre, une dys-harmonie en insérant cette condition. C'est la raison pour laquelle je vous suggère de renoncer à cette formule. J'étais prêt à proposer un postulat, mais ce n'est pas moi qui peut le déposer. Et maintenant que la propriété intellectuelle est protégée, je ne saurais y aller de ma propre idée dans ce domaine! Cependant, si jamais vous présentiez un postulat, Monsieur Columberg, le Conseil fédéral, l'accepterait C'est peut-être là une formule élégante pour faire passer davantage votre idée, que le Conseil fédéral reconnaît Voilà pour le fond et pour la forme, ce qui mettra peut-être un terme à ce qui pourrait tourner à un dialogue de sourds.

Zbinden Hans (S, AG): Ich will nicht nichts, ich will etwas. Ich habe festgestellt, dass ausser einem Kommissionssprecher eigentlich alle die Bedeutung dieser beiden Fragen anerkannt haben. Ich habe auch festgestellt, dass Herr Bundesrat Delamuraz diese beiden Gedanken aufgenommen hat und diese akzeptiert, aber nicht in dieser Form. Bevor ich sage, dass ich diesen Antrag zurückziehe, möchte ich aber noch etwas wissen: Wie sieht das beschleunigte Verfahren einer Postulatsbehandlung aus? Ich reiche diesen Antrag mit dem gleichen Text ein, er macht ohne weiteres auch als Postulat Sinn. Jetzt möchte ich gerne vom Herrn Präsidenten hören, wie das abläuft Ich möchte nicht, dass man in dreiviertel Jahren allenfalls dieses Postulat wieder zur Diskussion stellt Ich möchte, dass man das zumindest noch in dieser Session macht

Le président: M. Zbinden, je peux même aller plus loin: si vous retirez votre proposition, nous traitons maintenant du postulat Nous observons qu'il n'est pas combattu par le Conseil fédéral. Nous demandons au Conseil s'il le transmet; s'il est combattu, il y aura un vote.

Moser René (A, AG): Das Postulat ist jetzt bekämpft Wir treten nicht darauf ein. Das ist ein Griff in die Trickkiste gewesen, wie er in diesem Rat ab und zu vorkommt Wir gehen nicht darauf ein. Ich will eine Abstimmung, und ich will, dass Sie sich bewusst werden, was jetzt passiert ist

Le président: Si M. Zbinden retire sa proposition, nous votons maintenant sur son postulat

Zbinden Hans (S, AG): Ich ziehe diesen Antrag zurück; das Postulat genau gleichen Inhalts habe ich bereits eingereicht.

Le président: M. Zbinden, comme le postulat est combattu, nous l'inscrivons à l'ordre du jour du vendredi 16 décembre 1994.

Zbinden Hans (S, AG): Ich stelle einen Ordnungsantrag. Ich habe mittlerweile doch viele Signale erhalten, dass man mit einem Postulat dieses Inhalts einverstanden wäre. Ich verlange, dass man jetzt darüber abstimmt

Fischer-Häggingen Theo (V, AG): Ich stelle fest, dass ich keinen schriftlichen Text über den Inhalt des Postulates habe. Als Postulat wurde dieser Text nicht ausgeteilt Darum unterstütze ich den Antrag unseres Präsidenten, erst dann über das Postulat abzustimmen, wenn wir es als Postulat formuliert in der Hand haben.

Abstimmung - Vote Für den Ordnungsantrag Zbinden Dagegen 96 Stimmen 66 Stimmen Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

digitali Gatt/Uruguay-Runde. Abkommen Gatt/Cycle d'Uruguay. Accords In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1994 Année Anno Band IV Volume Volume Session Wintersession Session Session d'hiver Sessione Sessione invernale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 08 Séance Seduta Geschäftsnummer 94.079 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 08.12.1994 - 08:00 Date Data Seite 2196-2204 Page Pagina Ref. No 20 024 866 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.